



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/289 - 21.12.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Kriegsrisiko - die Chance des Friedens	S. 1
Plus und Minus im Lastenausgleich	S. 3
Ein empörender Entschädigungs-Entscheid	S. 5

## Friede auf Erden ?

Im Augenblick wird in der ganzen Welt nirgends mehr scharf geschossen. Die Menschen sind im Laufe der letzten vierzig Jahre so wenig verwöhnt worden, dass sie diesen Zustand als Ausnahme und Geschenk empfinden. Denn sie mußten notieren: die Balkankriege 1912-13, Weltkrieg I 1914-18, Krieg gegen die Sowjetunion 1918-20. Dann gab es ein Dezennium Scheinruhe, bis Japan 1931 mit der "Neuordnung Asiens" anfing. 1934 kam der Gran Chaco-Krieg im alten Schützengrabenstil dazu, um von letzten offensiven Kolonialkrieg Italiens gegen Abessinien abgelöst zu werden. Dann begannen die Kgs vor Madrid zu rattern, fast drei Jahre lang. Die Versuchskanichen der deutschen Luftwaffe kamen mit ihrer Legion gerade noch rechtzeitig zurück, um in den Hitlerkrieg zu fliegen.

Aber selbst der große Orlog, in dem drei Kontinente zum Schlachtfeld wurden und halb Europa in Trümmer fiel, war den Kriegsfurien noch nicht genug. Es ging zunächst in Griechenland, bald darauf in Palästina weiter und acht Jahre lang, ununterbrochen und in immer heftigeren Formen, in Indochina. Dieser Krieg trat 1950, als die Aggression in Korea begann, zeitweilig etwas in den Hintergrund, bis er sich nach dem Waffenstillstand in Korea auf die vorderste Bühne schob.

Spanien nannte man das Manöverfeld für die scharfen Waffen des Weltkrieges II. Waren Korea und Indochina der Übungsplatz für Weltkrieg III?

Wenn nicht geschossen wird, wüßte Frieden herrschen. Diese histori-

sche Meinung wurde im zwanzigsten Jahrhundert hinfällig. Man bringt es im besten Falle zu Waffenstillstandsabmachungen, die unter Umständen Jahre dauern. Im allgemeiner liegt das an den Kommunisten, aber nicht immer, wie etwa nach dem arabisch-israelischen Krieg. Dagegen hat es unzählige Konferenzen gegeben, zu dritt, zu viert, wie UNO mitgerechnet auch im Weltformat. Das 19. Jahrhundert war im Vergleich dazu eine, wenn man so sagen darf, saulfaule Zeit. Nach dem Wiener Kongress hat die Diplomatie nur noch in Berlin zu Tisch gesessen. Und es reichte dann meistens, wenn auch schlecht und recht, für ein Menschenalter. Die prophylaktische Wirkung heutiger Zusammenkünfte solcher Art ist <sup>nicht</sup> so anhaltend. Das liegt nicht an der Medizin. Aber die Staatsmänner haben sich offenbar an die Droge der Konferenzen so gewöhnt, dass sie fast immun dagegen geworden sind.

#### Risiko und Chance der Atomwaffe

Immerhin - heute herrscht Frieden, wenn man das Wort ein wenig großzügig und nur als Gegenstück zum Krieg der Waffen auslegt. Aber dieser Friede ist nicht echt. Man behauptet, die A- und H-Bombe hätten die westliche Welt sicher gemacht. Was sie sicher erreicht haben, ist die von ihnen ausgelöste Angstpsychose, anders ausgedrückt: die Politik muß ihre Existenz in Rechnung stellen, die Politiker wissen von ihren Experten das Eine, dass, wenn erst diese Bomben scharf gemacht werden, es einen furchtbaren Krieg, niemals aber einen Sieg mehr geben wird. Die Spekulation auf den Sieg, durch die Geschichte aller Zeiten die große Verlockung der Kriegführenden oder doch der Kriegbeginnenden, ist heute fast schon ein Selbstmordvorhaben. Dazu wenigstens war die Erfindung des Atoms gut.

Auf diese Chance setzen die Völker und erwarten, dass vor allem die sie nutzen, denen sie die Politik anvertrauten. Man muß nicht über große oder kleine Kriege sinnieren, sondern darüber, wie man sich wieder an runden Tische findet. Die deutsche Zukunft kann nur dort gewonnen werden oder es wird sie niemals geben. Wenn früher die Päpste gewählt wurden, wurden die Kardinäle solange in die Klausur gesteckt, bis sie sich geeinigt hatten. Das war primitiv, aber wirksam. Auch Staatsmänner sollte nicht mit leeren Händen nach Hause kommen und ihre Ausrede sollte nicht gelten, der Gegner habe nicht gewollt. Seit Genf klingt das so leicht

in den Ohren der Menschen. Vier oder acht Wochen neuer Klausur könnten vielleicht ein Wunder oder doch einen modus vivendi (das altmodische Wort für das neomodische von der Koexistenz gebraucht) erreichen. Noch nie ist das Schicksal von fünf Kontinenten von dem guten oder schlechten Willen einer Handvoll Menschen so abhängig gewesen wie heute. Noch nie war deren Verantwortung so groß.

Die Menschen haben von der Kette der Kriege, der primitivsten Form der Politik, übergenug. Die Deutschen, die Russen, die Franzosen, die Engländer sind seit vierzig Jahren nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die einen haben die Kriege verloren, die anderen haben sie gewonnen, und keiner hat etwas davon gehabt. Es gibt tausend nationale Aufgaben für jedes Volk. Zu ihnen gehört nicht der Krieg. Als Nummer eins aber rangiert der Friede. Ohne ihn kann kein nationales Programm erfüllt werden. Den echten Frieden brauchen alle. Das ist das Ultimatum der Völker an die Regierungen. Erst wenn es erfüllt ist, wird die Weltangst schwinden, wird wahrhaft Friede auf Erden sein.

\* \* \*

#### Vergessener Lastenausgleich ?

F.B. Sozialpolitisch war das vergangene Jahr kein Lichtblick, wenn man davon absieht, dass es nicht zuletzt dem Drängen der SPD doch noch gelungen ist, wenigstens für die Altrentner und die Kriegsoffer an Dinge nicht voll befriedigende Rentenerhöhungen zu erreichen. Mit Recht fragt aber jetzt die dritte große Gruppe, die der Lastenausgleichsempfänger, ob sie vom Bundestage vergessen worden sind, denn bisher ist wenig über die Arbeiten des Lastenausgleichsausschusses bekannt geworden.

Nun, es war aus Zeitgründen nicht mehr möglich, dass dieser Ausschuss noch vor der Jahreswende seine Arbeiten zu Ende bringen konnte, aber schon in den ersten Wochen des neuen Jahres wird es auch hier - wenn auch nicht zu einem voll befriedigenden Abschluß kommen.

Geregelt ist bereits die Erhöhung der Unterhaltshilfe von 85,--DM auf 100,-- DM für den Berechtigten und der Familienzuschläge für die Ehefrau von 37,50 auf 50,--DM und der Kinderzuschläge von 27,50 auf 35,-- DM, da diese Zahlungen nach dem Vorschusszahlungsgesetz rückwirkend

21.12.1954

ab 1. Juli 1954 erfolgen. Durch Anträge und Initiativen der SPD ist es aber auch auf anderen Gebieten des Lastenausgleichs gelungen, Verbesserungen zu erreichen.

Bereits konkrete Beschlüsse hat der Ausschuss z.B. in der Frage der Gewährung von Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau erzielt. Demnach soll der Personenkreis erweitert werden, so dass auch jetzt Rentner und Pensionäre, die bislang ausgeschlossen waren, Darlehen beantragen können. Günstig wird sich auch die Neufassung der Paragraphen über die Kriegsschadenrente auswirken. Bisher war die sogenannte Hauptentschädigung abgegolten, wenn nur 5.000 DM zu erwarten waren und der Empfänger Unterhaltshilfe bezieht. Nach den neuen Bestimmungen erfolgt eine Staffelform nach dem Alter und der Lebenserwartung, so dass die älteren Leute jetzt nunmehr die Möglichkeit haben werden, neben der Unterhaltshilfe auch eine Entschädigungsrente zu beantragen.

Verbesserungen werden sich auch bei der Regelung von Zuschlägen für pflegebedürftige Personen und in der Krankenversorgung ergeben. Für die Sogjetzonenflüchtlinge ist von erheblicher Bedeutung, dass der Härteparagraph konkreter und zwingender gefasst werden soll.

Auf der anderen Seite sind natürlich auch eine Reihe von Minuspunkten zu verbuchen. So ist kaum zu erwarten, dass die Mehrheit des Bundestages sich zu einer Erhöhung der Hausratshilfe wird durchbringen können. Das gleiche gilt für die Berücksichtigung der Kinderzahl an Vertreibungstage, die für die Bemessung der Hausratentschädigung von entscheidender Wichtigkeit ist. Alle diese Fragen will man in einem sogenannten Lastenausgleichsschlussgesetz regeln.

Trotzdem lässt sich nicht verkennen, dass das Lastenausgleichsgesetz durch die bisherigen Arbeiten und Beschlüsse im Ausschuss in zahlreichen Punkten verbessert werden wird. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird auch weiterhin versuchen, zunächst im Ausschuss und dann durch Anträge im Plenum weitere unumgängliche Verbesserungen zu erreichen. Schon jetzt aber zeigt es sich, dass das Gesetz, als es verabschiedet wurde, nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen ist, denn die Koalitionsparteien haben im Ausschuss aufgrund der praktischen Erfahrung jetzt Anträgen der SPD zustimmen müssen, die sie seinerzeit im Plenum in Busch und Bogen verworfen hatten.

\* \* \*

- 5 -

Fehlentschluss einer Münchner Fürsorgestelle

sp - Wiederholt haben westdeutsche Behörden Entschädigungs- und Rentenversorgungsansprüche mit der Begründung abgelehnt, die Antragsteller hätten sich nach sowjetischen oder sowjetzonalen Gesetzen vergangen. Der bisher wohl härteste Fall empörenden Unverständnisses ist der Fall des Lokführers Edmund K r e c h. Wir lesen in "Heimkehrer, Stimme der Kriegsgeneration":

"Zehn Jahre Zwangsarbeit wegen Beihilfe zur Flucht deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR", so hieß es in einem Urteil, das den Lokführer Edmund K r e c h zwang, acht lange Jahre hinter sowjetischem Stacheldraht sein Leben zu fristen. Zwei Jahre fielen unter die Amnestie. Auf das nämliche Urteil der Sowjets beriefen sich jetzt die zuständigen Amtsstellen in München, als sie dem Spätheimkehrer Krech die Kriegsgefangenen-Entschädigung verweigerten. "Kein ursächlicher Zusammenhang mit den Kriegsereignissen" hieß es lakonisch in dem Bescheid.

Etwa 20 Mal hatte Edmund Krech den Reparationszug nach Brest-Litowsk geführt, als er an einem kalten Januartag des Jahres 1946 von drei zerlumpten Gestalten, die sich als deutsche Kriegsgefangene zu erkennen gaben, gebeten wurde, sie in die Heimat mitzunehmen. Krech hatte schon des öfteren Gefangenen geholfen, ihnen Zigaretten oder ein Stück Brot zugesteckt. Trotz der zu erwartenden scharfen Kontrolle an den Grenzen sagte er auch dieses Mal zu und nahm die drei deutschen Kameraden bis vor die polnisch-russische Grenze mit. Das war ihr Glück, denn an der Grenzstation durchsuchten 20 sowjetische Polizisten mit dem Worter "Wo habt ihr sie versteckt?" den ganzen Zug, sogar den Waggontenier und die Kohlen.

Bei der nächsten Fahrt nach Brest-Litowsk ereilte Edmund Krech mit vier anderen Personen des deutschen Zugpersonals das Schicksal. Die Sowjets verhafteten sie mit der Begründung, das deutsche Zugpersonal hätte "planmäßig deutsche Kriegsgefangene über die Grenze geschmuggelt". Es begannen qualvolle Tage des Isolier im NKW-Keller von Brest-Litowsk. In Baranowice wurde Krech nach erpressten "Geständnissen" von einem sowjetischen Militärgericht zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Als er nun den Antrag auf die Kriegsgefangenen-Entschädigung stellte, teilte ihm die amtl. Fürsorgestelle für Kriegsschädigte und Hinterbliebene wörtlich mit: "Nach Ihren Angaben erfolgte Ihre Internierung wegen Beihilfe zur Flucht deutscher Kriegsgefangener aus der UdSSR. In diesem Tatbestand sieht der Neustellungsausschuss keinen ursächlichen Zusammenhang mit den Kriegsereignissen des § 2 Abs. 1 KEG. Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Entschädigung sind somit nicht gegeben."

Verantwortlich: Peter Jansen